FESTSCHRIFT 20 JAHRE

BZI Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat

IMPRESSUM
Festschrift „20 Jahre Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI)"

Hrsg. vom Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI), August 2019.

Konzeption, Redaktion, Recherche und Texte (mit Ausnahme der namentlich gekennzeichneten Beiträge): Dr. Deniz Nergiz

Gestaltung, Layout, Grafik: Bianca Monroy

Gefördert durch:

Bundesministerium des Innern

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

INHALT

4
GRUßWORT

6
EINLEITUNG

8
WER SIND WIR?

38
UNSERE GESCHICHTE

47
AKTUELLES

61
AUSBLICK

GRUßWORT

Annette Widmann-Mauz

Verehrte Leserinnen und Leser,

es ist ein stolzes Jubiläum: Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) blickt auf seine 20-jährige Geschichte zurück. 20 Jahre Migration und Integration in Deutschland, die der BZI in unserer vielfältigen Gesellschaft mitgestaltet und begleitet hat. Die Festschrift würdigt das Engagement vieler Menschen, die sich dafür verdient gemacht haben.

Meine Glückwünsche zum Jubiläum kann ich auch im Namen vieler politischer und gesellschaftlicher Kräfte aussprechen. Es ist wunderbar, dass Sie sich in und mit den kommunalen Beiräten für ein friedliches Zusammenleben, für Dialog und für Verständigung zwischen gesellschaftlichen Gruppen einsetzen.

Bereits 1972 wurden die ersten Ausländerbeiräte eingerichtet. Damals war die Politik immer noch stark vom Gedanken einer späteren Rückkehr der sogenannten Gastarbeiter in ihre Heimatländer geprägt. Viele „Gäste“ haben hier ihre Heimat gefunden und Familien gegründet. Sie sind Teil des Landes geworden und haben ihren Beitrag zum Wachstum und Wohlstand in Deutschland geleistet. In den Kommunen hat man das sehr viel früher gemerkt und durch die Ausländerbeiräte den ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern auch ohne Wahlrecht demokratische Teilhabe und politische Partizipation ermöglicht. Wenn wir in diesem Jahr den 70. Geburtstag des Grundgesetzes feiern, müssen wir deshalb auch die Beiräte würdigen.

Heute sind die Beiräte heute in vielen Städten und Gemeinden fester und geschätzter Bestandteil der politischen Willensbildung. Sie sind für Menschen mit Einwanderungsgeschichte oft der Einstieg zum politischen Engagement. Rund fünf Millionen Bürgerinnen und Bürger mit einer Staatsbürgerschaft außerhalb der Europäischen Union profitieren direkt von ihrer Arbeit.

Allmählich schlossen sich die vielen kommunalen Ausländerbeiräte erst zu Landesbeiräten zusammen, 1998 und 1999 gründeten sie dann den Bundesausländerbeirat. Damit gab es zum ersten Mal auch eine bundespolitische Stimme. Ich freue mich, dass diese Stimme in den letzten 20 Jahren deutlich hörbar geworden ist: Der Bundesaus-

länderbeirat hat sich mit fundierten Stellungnahmen in die Migrations- und Integrationspolitik eingebracht – vom Herzensthema der Beiräte, dem kommunalen Wahlrecht, über die migrations- und integrationspolitische Gesetzgebung, die Zuwanderungskommission bis hin zum Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung. 2009 erfolgte dann die Umbenennung in Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat – zu einer Zeit, als unser Land langsam lernte, dass wir ein Einwanderungsland sind.

Ich danke dem BZI und allen, die sich in den Kommunen in den vergangenen 20 Jahren für die Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stark gemacht haben und dies auch heute tun. Wir brauchen Sie und Ihre Arbeit – bundesweit für die Gestaltung der Integrationspolitik und in den kommunalen Parlamenten. Die Beiräte sind die einzige demokratisch legitimierte Stimme der Eingewanderten ohne Wahlrecht. Sich mit der Kommunalpolitik zu identifizieren und ihre Stadt oder Gemeinde mitzugestalten – das ermöglicht Ihre Arbeit. Für Ihr Engagement danke ich Ihnen von ganzem Herzen. Sie stehen für Integration, Teilhabe und eine starke Selbstvertretung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in unserem vielfältigen Land. Ich wünsche allen, die sich in den Beiräten und in den Landes- und Bundeszusammenschlüssen ein-setzen, eine weiterhin erfolgreiche Arbeit und viel Freude beim Engagement. Ihre Arbeit stärkt nicht nur Ihre Wählerinnen und Wähler, sondern Sie erweisen auch dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft einen großen Dienst. Dafür gebührt Ihnen Anerkennung, Respekt und Dank!

Ihre Annette Widmann-Mauz MdB

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

EINLEITUNG

Dr. Deniz Nergiz

Die Zeit fliegt! Vor zwei Jahrzehnten, im Mai 1998, wurde in Osnabrück der Bundesausländerbeirat (BAB) gegründet, ein Jahr später im September 1999 wurde die Eintragung seines Fördervereins vollendet.

Wenn wir einen Blick in die Berichterstattung zu der konstituierenden Sitzung des Bundesausländerbeirats werfen und die ersten Schritte dieser bundesweit einzigartigen politischen Interessenvertretung von Migrant*innen betrachten, ist eindeutig, dass nicht nur die Organisation, sondern auch unser Land einen bedeutsamen Wandel durchgangen ist. In den vergangenen 20 Jahren ist viel passiert: Von einer Ausländerpolitik in die Migrations- und Integrationspolitik überzugehen, hatte Tiefen und Höhen, die durch wichtige Veränderungen in der Gesetzgebung und des gesellschaftlichen Klimas begleitet wurden.

Der Bundesausländerbeirat bzw. der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) hat in all diesen Jahren ein zentrales Ziel auf seiner Agenda, um das herum sich seine Arbeit orientiert hat: mehr (politische) Partizipation für alle in Deutschland lebenden Menschen mit Einwanderungsgeschichte!

Es ist kaum möglich, all unsere Resolutionen, Positionen, unsere Erfolge, Zweifel und den davon doch unberührten Elan in diesem kleinen Heftchen zusammenzufassen. Mit dieser Jubiläumsschrift wollen wir gemeinsam mit all jenen, die sich dafür stark gemacht haben und dies weiterhin tatkräftig tun, und mit denjenigen, die den BZI bei seiner Odyssee zu solideren Strukturen begleiten, die vergangenen Jahre Revue passieren lassen. In anderen Worten, liebe*r Leser*in, möchten wir Sie an der Geschichte und Entwicklung, den Stand-

punkten, Aktivitäten und Expertisen des BZI teilhaben lassen und mit unserer Begeisterung anstecken.

Seit 2017 befindet sich der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat in einer neuen und spannenden Phase des Aufbaus und der Konsolidierung. Ich bin zuversichtlich, dass aus dieser Phase neue Horizonte für unsere Organisation entstehen werden und ich bin froh, ein Teil davon sein zu dürfen. Als das erste hauptamtliche Personal des BZI empfinde ich eine große Verantwortung und großen Respekt gegenüber der ehrenamtlichen Arbeit, die uns hierher gebracht hat. Ein 20-jähriges Bestehen gekrönt mit der erstmaligen finanziellen Förderung wäre ohne die ehrenamtliche Arbeit unmöglich gewesen. Allen Ehrenamtlichen gebührt an dieser Stelle auch seitens der Hauptamtlichen ein ganz besonderes Dankeschön, zwar nicht namentlich, dafür aber aus ganzem Herzen. Wir zählen auf weitere 20, 40, 60 Jahre mit Ihnen und Euch beim BZI. Es gibt noch viel zu tun und viel zu bewegen - in den nächsten 20, 40, 60 Jahren…Bis aus dem Einwanderungsland Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft mit gerechten Teilhabechancen für alle geworden ist – und noch viel mehr!

Viel Spaß bei der Lektüre!

Dr. Deniz Nergiz ist seit 2018 die erste hauptamtliche Geschäftsführerin des BZI.

WER SIND WIR?

BZI Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat wurde im Mai 1998 unter dem Namen Bundesausländerbeirat als ein Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften der kommunalen Integrations-/Migrations- und Ausländerbeiräte gegründet und besteht seither auf Bundesebene als eine Vertretung der Migrant*innen, die auf demokratischer Legitimation beruht und religionen- ethnien- und parteiübergreifend die Interessen der Migrant*innen vertritt.

Unsere Demokratie braucht jede Stimme, auch die von Menschen mit Migrationsgeschichte. Der BZI und seine Mitgliedsorganisationen setzen sich für die politische, rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von deutschen Staatsangehörigen und hier lebenden Menschen mit Einwanderungsgeschichte ein. Die Ausweitung der Möglichkeiten der politischen Partizipation von Migrant*innen sowie die Sensibilisierung für die verschiedenen Möglichkeiten der Teilhabe innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind uns ein besonderes Anliegen. Unsere Aufgabe ist es auch, Menschen zu motivieren, von den bestehenden Möglichkeiten öfter Gebrauch zu machen.

UNSER LEITBILD

Grundgesetz

Unser Kompass ist das deutsche Grundgesetz!

Interessenvertretung

Wir sind keine klassische Migrant*innenorganisation, sondern eine politische Interessenvertretung von allen in Deutschland lebenden Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Teilhabechancen

Wir arbeiten dafür, dass aus dem Einwanderungsland Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft mit gleichen Teilhabechancen wird.

Ansprechpartner

Wir sind Ansprechpartner für die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag, den Bundesrat, Rundfunkanstalten und bundesweite Institutionen.

Plattform

Wir bieten unseren Mitgliedern eine Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch und zur gegenseitigen Unterstützung. Der BZI koordiniert zudem ihre gemeinsamen Interessen auf Bundesebene.

Kommunal

Wir bündeln die geballte Expertise zu Integration und Teilhabe aus den Kommunen.

Wahlrecht

Wir fordern ein kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Drittstaatler*innen.

Schule

Wir sind politische Schule für (Neu-)Einwanderer*innen.

Haltung

Wir positionieren uns zu allen Do's und Don't's einer vielfältigen Gesellschaft.

MITGLIEDSVERBÄNDE

Unsere Mitgliedsverbände schaffen Integration
vor Ort für eine lebendige Demokratie!

Mitglieder des BZI sind Landesorganisationen
und Netzwerke kommunaler Integrationsbeiräte.

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)

Gründungsjahr: 1993

Anzahl der Mitglieder: 31 Mitglieder (Stand Juni 2019), darunter mit dem Integrationsrat Nürnberg (gegründet 1973) und dem Ausländer- und Integrationsbeirat Erlangen (gegründet 1974) zwei der bundesweit ältesten Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte. In Bayern haben inzwischen die Migrant*innen aller großer Städte einen Beirat als Vertretungsorgan.

AGABY ist die einzige parteipolitisch neutrale, multiethnische, interkulturelle und interreligiöse Interessensvertretung von allen Menschen mit Migrationsbiographie in Bayern mit einer demokratischen Legitimation.

Kontakt:
Landesgeschäftsstelle
Sandstraße 7, 0443 Nürnberg
Telefon: 0911 923 189 90 | agaby@]agaby.de

Projektschwerpunkte:
Agaby...

- ist das Sprachrohr und die politische Interessenvertretung der Migrant*innen Bayerns. Die Dachorganisation fördert den kollegialen Austausch der Migrations- und Integrationsbeiräte Bayerns und verfügt über ein breitgefächertes soziales und politisches Netzwerk.
- ist hoch angesehene Ansprechpartnerin in migrations- und integrationspolitischen Fragen sowohl für politische Akteure, Parteien und Ministerien auf bayerischer Ebene als auch für die Zivilgesellschaft.
- erarbeitet Stellungnahmen, Empfehlungen und Forderungen und beteiligt sich im Rahmen ihrer Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit am demokratischen Diskurs für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft.

- unterstützt die lokalen Integrationsbeiräte und andere haupt- und ehrenamtliche Akteure der Integrationspolitik mit einem Online-Handbuch, Fortbildungsangeboten und alljährlichen Fachtagungen bei der Professionalisierung ihrer Arbeit.
- setzt sich seit ihrer Gründung für die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsbiographie ein. Die Kampagne **„Demokratie braucht jede Stimme“** verleiht der Forderung nach einem „Wahlrecht für alle“ Ausdruck und macht kontinuierlich auf das Demokratiedefizit aufmerksam.
- engagiert sich mit unterschiedlichen Projekten, Veranstaltungen und Kampagnen in den Bereichen Antidiskriminierungs- und Antirassismusarbeit, Integration in ländlichen Räumen, Arbeitsmarktintegration und Empowerment von Frauen.
- arbeitet über die Verankerung der Integrationsbeiräte als kommunale Pflichtaufgabe hinaus erfolgreich daran, die Partizipationsmöglichkeiten der Migrant*innen auch in den ländlichen Räumen zu verbessern und die Gründung von Beiräten in kleinen Städten und Landkreisen zu fördern.

Die größte aktuelle Herausforderung sieht die AGABY im wachsenden Rassismus und dem Erstarken rechtsextremer, rechtspopulistischer und nationalistischer Positionen. Sie begegnet dieser mit einem verstärkten Engagement und neuen Projekten in der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit und setzt sich für eine klare Positionierung ein. So haben die Integrationsbeiräte in 2017 die Selbstverpflichtungserklärung „Wir dulden keinen Rassismus und keine Diskriminierung – erst recht nicht in den eigenen Reihen!“ und 2019 das Positionspapier „Null Toleranz im Umgang mit rassistischen Parteien“ verabschiedet. Zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März initiiert und organisiert AGABY alljährlich gemeinsam mit den Mitgliedsbeiräten und dem Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern e.V. eine bayernweite öffentlichkeitswirksame Aktion. Für AGABY spielte der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) als bundesweite Dachorganisation stets eine bedeutende Rolle. So war AGABY Gründungsmitglied des BZI und war während der letzten 20 Jahre nahezu kontinuierlich im Vorstand vertreten. Die Strukturen und die Funktionsfähigkeit des BZI wurden und werden von AGABY mit personellen Ressourcen und Know-how unterstützt. Mit Blick auf die politische Wirksamkeit befürwortet AGABY eine enge Zusammenarbeit aller Landesdachverbände. Somit blicken wir mit Zuversicht in eine Zukunft, in der der BZI eine immer stärkere Stimme der Integrationsbeiräte und damit der Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland darstellt.

AGABY
Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah)

Gründungsjahr: 1983

Anzahl der Mitglieder: 115 (davon aktive Mitglieder: 83)

Kontakt:
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah)
Kaiser-Friedrich-Ring 31,
65185 Wiesbaden
Tel. 0611/98995-0
www.agah-hessen.de | agah@agah-hessen.de

Projektschwerpunkte:
Seit gut drei Jahrzehnten setzt sich die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) gegen Rassismus, Diskriminierung und für Gleichbehandlung aller Menschen ein – unabhängig davon, woher sie kommen, welche Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit sie haben.

Die agah vertritt gegenüber der Hessischen Landesregierung, dem Hessischen Landtag, Parteien und der Öffentlichkeit die besonderen Belange der Migrantinnen und Migranten und arbeitet mit anderen Interessengruppen zusammen. Zielsetzung ist, mit Initiativen, Stellungnahmen und Eingaben die gesellschaftliche und rechtliche Situation der Migrant*innen in Hessen zu verbessern, Integration zu fördern und Diskriminierungen und Rassismus entgegenzuwirken.

Die agah fördert durch Koordination, Erfahrungs- und Informationsaustausch die Effizienz der Arbeit der örtlichen Ausländerbeiräte, bietet Fortbildung für Mitglieder der Ausländerbeiräte und ermöglicht eine bessere Nutzung der Ressourcen einzelner Beiräte und Kommunen. Sie unterstützt die Gründung neuer demokratisch gewählter Ausländerbeiräte und die Überwindung ihrer Anfangsschwierigkeiten.
Der Agah-Landesausländerbeirat koordiniert das Antidiskriminierungsnetzwerk

Rhein-Main und ist Trägerin der aktuellen Projekte AdiNet Rhein-Main und Forum der Vielfalt.

AdiNet Rhein-Main ist das neue Antidiskriminierungsnetzwerk Rhein-Main. Ein umfassendes, regionales Antidiskriminierungsnetzwerk im Rhein-Main-Gebiet soll aufgebaut werden. Ziel ist dabei, alle Akteur*innen, die sich mit Antidiskriminierung beschäftigen, zusammen zu bringen und auf diese Weise Erfahrungen und Ressourcen effektiv zu bündeln sowie Ungleichbehandlung und Vorurteilen entgegen zu wirken. Im Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen sind über 80 hessische Organisationen zusammengeschlossen, mit dem Ziel gegen Diskriminierung in Hessen vorzugehen. Benachteiligende Strukturen sollen kenntlich gemacht und Betroffenen Wege aufgezeigt werden, sich gegen Ungleichbehandlung zur Wehr zu setzen.

Forum der Vielfalt- Sexuelle und geschlechtliche Identitäten in der Migrationsgesellschaft

Mit dem Projekt soll ein auf gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung beruhender Dialog zwischen den LSBTT*IQ Communities und denen der Menschen mit Migrationshintergrund initialisiert und begleitet werden

Abgeschlossene Projekte der letzten Jahre: Empowerment, Sensibilisierung und Öffentlichkeit: Wege zu einer wirkungsvollen Antidiskriminierungsarbeit und verbesserten Beratungsangeboten in Hessen, Mach mit im Sport! Mehr Migrant*innen ins Ehrenamt

Aktuelle Herausforderungen:

Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte

Die agah strebt eine effizientere Arbeit der kommunalen Ausländerbeiräte an. Die Ausländerbeiräte leisten auf kommunaler Ebene wertvolle Arbeit. Sie arbeiten ehrenamtlich und unter sehr unterschiedlichen, jedoch oftmals unzureichenden finanziellen und personellen Rahmenbedingungen. Dies gilt es zu verbessern.

Die gewählten Ausländerbeiräte in Hessen wollen künftig mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in ihren Kommunen. Die in der agah zusammengeschlossenen Ausländerbeiräte haben daher ein Positionspapier erarbeitet, mit dem eine Vielzahl von Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung vorgeschlagen werden. Dazu gehören eine veränderte Struktur und ein neuer Name.

Rechtspopulismus

Europaweit wachsen rechtspopulistische Bewegungen. Ziel ihrer Propaganda sind dabei insbesondere sogenannte ‚Ausländer', Juden, Muslime, jedoch auch andere ‚sichtbare' Minderheiten. Eine neue Herausforderung für Demokratien in ganz Europa. Auch für Hessen. Warum es gelingt, mit rechtspopulistischen Forderungen und Argumentationen zunehmend offensichtlich erfolgreich Wählerstimmen zu gewinnen und welches Gesellschafts-und Menschenbild zu Tage tritt, wenn man entsprechende Standpunkte der (rechtspopulistischen) Parteien kritisch analysiert wurde in 13 öffentlichen Veranstaltungen in ganz Hessen bis zur Landtagswahl im Oktober 2018 mit renommierten Wissenschafler*innen und Praktiker*innen nachgegangen. Die Reihe soll im Jahr 2020 fortgesetzt werden.

Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

Mit der Landtagswahl in Hessen ist der Rechtspopulismus auch in den Hessischen Landtag eingezogen. Die Wahl zum Europäischen Parlament lässt eine steigende Zustimmung für rechte Positionen befürchten. Mit einem eindringlichen Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben haben sich daher in Wiesbaden Vertreter*innen eines sehr breiten und bunten Spektrums der hessischen Zivilgesellschaft an die hessische Öffentlichkeit gewandt. 48 Erstunterzeichner*innen, darunter führende Persönlichkeiten aus Verbänden und Institutionen, kommunalen Spitzenverbänden, Religionsgemeinschaften und Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wohlfahrt, Sport, Kunst und Kultur, wollen damit im Vorfeld der Europawahl ein deutlich vernehmbares Zeichen setzen: Für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft, die Unterschiede und Vielfalt als Reichtum begreift, gegen Diskriminierung und Hetze.

agah
Landesausländerbeirat

Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP)

Gründungsjahr: 1992

Anzahl der Mitglieder: 46 kommunale Beiräte für Migration und Integration

Kontakt
Frauenlobstr. 15-19
55188 Mainz
Tel.: 06131 – 638435 | Fax: 06131 - 679437
E-Mail: agarp@agarp.de | www.agarp.de

Projektschwerpunkte:
„Kampagne Beiratswahlen für Migration und Integration Rheinland-Pfalz 2019“

Mitreden. Mitentscheiden. Wählen.
Neben Nordrhein-Westfalen, Hessen und dem Saarland gehört Rheinland-Pfalz zu den Bundesländern, in denen die Einrichtung eines Integrationsbeirates im Landesrecht normiert ist. Kreisfreie Städte und Landkreise mit mehr als 5000 ausländischen Einwohnern sowie Gemeinden mit mehr als 1000 ausländischen Einwohnern sind zur Schaffung eines Beirates gesetzlich verpflichtet. Am 27 Oktober 2019 werden in den meisten rheinland-pfälzischen Kommunen die Beiräte für Migration und Integration neu gewählt. Im Wahljahr 2019 ist deshalb die begleitende Öffentlichkeitskampagne „Mitreden. Mitentscheiden. Wählen.“ das Schwerpunktprojekt der AGARP. Um Wähler*innen sowie potentielle Kandidat*innen als Zielgruppe zu erreichen, setzt die Kampagne neben klassischen Give Aways, einer Social-Media-Kampagne und einer Informationswebsite auch auf die gezielte Ansprache von Multiplikatoren. Dies können beispielsweise Migrantenorganisationen, Religionsgemeinschaften oder Sportvereine sein. Bestandteil der Kampagne sind ebenfalls mehrere landesweite Info-Veranstaltungen, die allen Interessierten offen stehen. Damit Kandidatinnen und Kandidaten optimal auf ihre künftige Aufgabe vorbereitet werden, hat die AGARP einen Referenten eingestellt, welcher als Ansprechpartner zu allen Fragen rund um die Beiratswahlen fungiert.

Eine ausführliche Darstellung von abgeschlossenen Projekten der AGARP finden Sie auf unserer Homepage.

Eine ausführliche Darstellung von abgeschlossenen Projekten der AGARP finden Sie auf unserer Homepage.

Geplante Projekte:

Kompetent vor Ort - Grundlagenschulung der kommunalen Beiräte für Migration und Integration (Projektskizze)

Es ist abzusehen, dass im Wahljahr 2019 deutlich mehr Beiräte für Migration und Integration gewählt werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Gerade für Politikneulinge ist es wichtig, in das komplexe Umfeld der kommunalen Beiratsarbeit kompetent eingeführt zu werden. Dies gilt sowohl für rechtliche und formale Fragen, als auch für konkrete Handlungstipps. Als Landesverband der kommunalen Beiräte für Migration und Integration ist es Aufgabe der AGARP, die (neugewählten) rheinland-pfälzischen Beiräte entsprechend zu unterstützen. Gewährleistet werden soll dies unter anderem mittels lokaler Grundlagenseminare und einer neuen Auflage der Broschüre „Kompetent vor Ort“. Ebenso soll das Projekt mit einer Referentin bzw. einem Referenten unterstützt werden.

agarp

Arbeitsgemeinschaft
der Beiräte für
Migration und Integration
Rheinland-Pfalz

Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Erfurt

Kontakt

Geschäftsstelle des Ausländerbeirates
Benediktsplatz 1, 99084 Erfurt
Tel. +49 361 655-1044 | Fax +49 361 655-6722
E-Mail: auslaenderbeirat@erfurt.de
Internet: https://www.erfurt.de/ef/de/leben/fuer/migranten/beirat/index.html

Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Erfurt wurde im März 1992 gegründet und ist der erste Ausländerbeirat, der in den Bundesländern eingerichtet wurde. Mit diesem Schritt bekannte sich die Stadt Erfurt zur Gleichbehandlung ihrer ausländischen Mitbürger in der städtischen Gemeinschaft und bejahte die Teilnahme aller ausländischen Mitbürger an der politischen Willensbildung im Rahmen der bestehenden Gesetze.

Das Ziel der Arbeit des Ausländerbeirates ist die Gleichbehandlung der ausländischen und deutschen Bevölkerung. Der Ausländerbeirat vertritt die Interessen der Ausländer gegenüber dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und den Ortschaftsräten. Zugleich veranstaltet der Ausländerbeirat Veranstaltungen rund um die Anliegen der Migrant*innen vor Ort.

Der Ausländerbeirat Erfurt ist Mitglied im Migranetz Thüringen.

Ausländerbeirat Halle (Saale)

Der Ausländerbeirat der Stadt Halle (Saale) besteht aus sieben stimmberechtigten Mitgliedern, die in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von Migrantinnen und Migranten für die Dauer von vier Jahren gewählt wurden. Der Ausländerbeirat setzt sich für die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der ausländischen Bevölkerung in Halle (Saale) ein. Der Ausländerbeirat unternimmt vielfältige Aktivitäten zur Stärkung des Integrationsprozesses von Migrantinnen und Migranten in Halle (Saale) und setzt sich für die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund in allen Gremien der Stadtverwaltung ein.

Gründungsjahr: 3. August 1999

Kontakt:
Ausländerbeirat der Stadt (Halle)
Ratshof, Zimmer 217
Marktplatz 1, 06108 Halle (Saale)
Telefon: 0345 2214038 (Dienstag zwischen 16:00 und 18:00 Uhr)
E-Mail: info@auslaenderbeirat-halle.de | Web: www.auslaenderbeirat-halle.de

Projektschwerpunkte:
Folgende Leistungen bietet der Beirat an:

- Regelmäßige Arbeitstreffen des Ausländerbeirates zu aktuellen Themen
- Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates (u. a Ausschuss für sozial
- e Gesundheit und Gleichstellung)
- Regelmäßige Arbeitstreffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung sowie mit der
- Beauftragten für Migration und Integration der Stadt Halle (Saale) zu allen Fragen, die überwiegend oder ausschließlich die Interessen der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern vertreten

Der Beirat arbeitete in Netzwerken mit verschiedenen Initiativen zusammen:

- Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt gegen Frauen“
- Arbeitsgruppen zur Durchführung der jährlichen Nacht der Migrantenorganisationen und der Interkulturellen Woche in Halle (Saale)
- Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
- Bundesforum gegen Rassismus
- Bündnis für Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt e. V.
- Verband der Migrantenorganisationen Halle e.V. (VEMO e. V.)
- Fachgruppen des Integrationsnetzwerkes

Migrations- und Integrationsbeirat der Stadt Jena

Kontakt

Löbdergraben 14a, 07743 Jena
Telefon: 03641 – 3107210
Fax: 03641 - 3107212
E-Mail: integrationsbeiratjena@gmx.de

Der Beirat ist das Vertretungsorgan der ausländischen Minderheiten in Jena.

Zu seinen Aufgaben zählen:

a) die Interessen der ausländischen Mitbürger und der deutschen Bürger mit Migrationshintergrund gegenüber dem Stadtrat, den Ortsteilräten und der Stadtverwaltung zu vertreten sowie diese Stellen in allen Fragen, welche die ausländischen Mitbürger und deutschen Bürger mit Migrationshintergrund betreffen, durch Anregungen, Empfehlungen, Vorschläge und Stellungnahmen zu informieren und zu beraten;

b) die Lebensverhältnisse der ausländischen Mitbürger und der deutschen Bürger mit Migrationshintergrund zu verbessern, ihnen das Leben und Einleben in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern und zur Verständigung zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern in Jena beizutragen;

c) in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen der Stadtverwaltung und anderen Institutionen die Informations-, Beratungs- und Kulturarbeit für die ausländischen Mitbürger und die deutschen Bürger mit Migrationshintergrund zu fördern und durchzuführen und

d) die Gleichbehandlung der ausländischen mit der deutschen Bevölkerung im Rahmen des geltenden Rechts zu gewährleisten.

Quelle: https://migranetz-thueringen.org/de/mitglieder-des-netzwerks/migrations-und-integrationsbeirat-der-stadt-jena/

Ausländerbeirat der Stadt Weimar

Gründungsjahr: 2000

Kontakt:
Ausländerbeirat der Stadt Weimar
Schwansee Str. 17 H1 Zi. 06, 99425 Weimar
Tel.: 03643 – 762767 oder 0176 - 21909973
E-Mail: auslaenderbeirat@stadtweimar.de

Der Ausländerbeirat ist ein von den in Weimar lebenden nicht-deutschen Einwohner*innen nach demokratischen Grundregeln gewählte Vertretung aller ausländischen Mitbürger*innen. Die Mitglieder des Ausländerbeirates arbeiten ehrenamtlich und die Amtszeit beträgt 5 Jahre. In den Ausländerbeirat kann jede*r ausländische Mitbürger*in gewählt werden, der/die eine Aufenthaltsgenehmigung hat, mindestens 18 Jahre alt ist und seit mindestens 3 Monaten seinen Hauptwohnsitz in Weimar hat, sowie alle Deutschen mit Migrationshintergrund in der ersten Generation.
Der Ausländerbeirat setzt sich für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Deutschen und Migrant*innen sowie Toleranz, Akzeptanz und Respekt auf allen Ebenen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ein. Er unterstützt und entwickelt:

- den interkulturellen Dialog und die kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft und wendet sich gegen jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung.
- Maßnahmen und Projekte gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.
- integrative Projekte und Veranstaltungen für einen Dialog zwischen den Kulturen

Der Ausländerbeirat arbeitet mit einem Grundverständnis, mehr als nur ein Sprachrohr für die ausländischen Mitbürger*innen zu sein. Der Ausländerbeirat setzt sich für die Gleichstellung von Deutschen und Nichtdeutschen ein.

Beirat für Integration und Migration der Landeshauptstadt Magdeburg

Gründungsjahr: 1996, per Beschluss des Stadtrates im Jahr 1996.

In der Folge des Beschlusses erfolgte die Wahl des 1. Ausländerbeirates durch die Ausländer/-innen im Dezember 1996 und die Bestellung des Ausländerbeauftragten aus der Mitte des Ausländerbeirates im Juli 1997. Das satzungsgemäße Ziel des Beirats wurde in seiner Einrichtung wie folgt definiert:

Wahrnehmung der Interessen der Ausländerinnen und Ausländer gegenüber Politik und Gesellschaft.

Kontakt

Beirat für Integration und Migration Der Vorstand
Alter Markt 6; 39090 Magdeburg
Telefon: +49 391 540-2384 | +49 391 540-3243
integrationsbeirat@stadt.magdeburg.de

Aufgaben des Ausländerbeirates

- Förderung der Verständigung zwischen Ausländer*innen und Einheimischen
- Förderung der kulturellen Aktivitäten der Ausländer*innen
- Beratung der Ausschüsse des Stadtrates zu Fragen der Ausländer*innen usw.

12 Jahre später, im Jahr 2008, beschloss der Ausländerbeirat selbst über die Empfehlung zur Weiterentwicklung des Gremiums zum Integrationsbeirat, sich als Beirat für Integration und Migration neu aufzustellen. In Folge dessen wurden folgende Schritte eingeleitet:

- Erarbeitung der Drucksache zur Weiterentwicklung des Ausländerbeirates zum Beirat für Integration und Migration durch die Verwaltung (2008)
- Beschluss der Drucksache zur Weiterentwicklung des Ausländerbeirates zum Integrationsbeirat mit veränderten Satzung durch den Stadtrat (2009)
- Bestellung der Mitglieder des Beirates für Integration und Migration durch den Stadtrat seit 2009

Der Beirat für Integration und Migration besteht seit 2009 aus Personen mit Migrationshintergrund (8), Stadträtinnen und Stadträten und dem kommunalen Koordinator für Integration und Zuwanderung als geschäftsführendes Mitglied.

- Die Schwerpunkte seiner Arbeit für die Jahre 2018 – 2021 sind:
- Politische Bildung von Zugewanderten
- Information und Öffentlichkeitsarbeit zu Integration und Migration
- Beratung von Politik und Verwaltung in allen integrationsrelevanten Fragestellungen
- Unterstützung bzw. Initiierung von Kampagnen zu Handlungsfeldern Integration und Migration

otto
präsentiert
landeshauptstadt magdeburg

Bremer Rat für Integration (BRI)

Gründungsjahr: 2005

Anzahl der Mitglieder: 30 (und 30 Stellvertreter*innen)

Kontakt:
Büro des Bremer Rates für Integration
Carl-Ronning-Straße 2, 28195 Bremen
Telefon: 0421/361-26 94 | E-Mail: bremer.rat@soziales.bremen.de

Der Bremer Rat für Integration, arbeitet ehrenamtlich. Das Gremium hat 30 Mitglieder und 30 Stellvertreter*innen, die für diese Aufgabe von zahlreichen Institutionen und Gruppen delegiert wurden. Die Arbeit des Bremer Rates für Integration wird von der Sozialsenatorin unterstützt.

Projektschwerpunkte:
Wir sind als Bremer Rat für Integration ein Spiegel unserer pluralen Einwanderungsgesellschaft. Wir würdigen die integrative Leistung der Bremer Akteure und verstehen uns als Impuls- und Richtungsgeber für die Politik im Land Bremen und wollen diese kritisch überprüfen. Wir beziehen Position und formulieren Stellungnahmen und Empfehlungen an die Adresse der Politik und mischen uns in die öffentliche Meinungsbildung ein. Diskriminierung und Ausgrenzung treten wir entschieden entgegen.

Wir setzen uns

- dafür ein, dass sich alle Menschen im Land Bremen als Bremerinnen und Bremer und damit einem gemeinsamen „WIR“ zugehörig fühlen.
- dafür ein, dass alle Menschen in Bremen gleichermaßen eine Chance auf Entwicklung und Teilhabe bekommen.
- für eine interkulturelle Öffnung von Institutionen ein, um Menschen in ihrer Vielfalt gerecht zu werden.

Wir arbeiten für ein gesellschaftliches Klima in Bremen, in dem sich alle Menschen respektiert und wertgeschätzt fühlen.
Wir wirken darauf hin, dass Verschiedenheit als Realität anerkannt wird. Wir gehen davon aus, dass Vielfalt nicht von selbst funktioniert – deshalb wollen wir sie gestalten.

Wir halten Kontroversen aus und bemühen uns, verschiedene Standpunkte zu verstehen und miteinander Lösungen zu finden.

Wir treiben den Dialog und das Miteinander unterschiedlicher Gruppen voran und wollen diese dafür gewinnen, sich an der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft zu beteiligen.

Bremer Rat
für Integration

Quelle: https://www.bremer-rat-fuer-integration.de

Integrations- und Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Dresden (IAB)

Gründungsjahr: 1996
Bis 2014 hieß das Gremium Ausländerbeirat Dresden. In dieser Zeit wurde der Ausländerbeirat Dresden häufig mit dem Dachverein Ausländerrat Dresden e.V. (erster Migrantenverein 1990 in Dresden) verwechselt.

Anzahl der Mitglieder:
Der IAB Dresden hat 20 Mitglieder-11 Mitglieder mit Migrationshintergrund und 9 Stadträtinnen/Stadträte. Den Vorsitz des Beirats bekleidet ein gewähltes Mitglied mit Migrationshintergrund, seine/ihre Stellvertretung übernimmt eine Stadträtin/ein Stadtrat.

Alle Vorhaben der Stadt, die Ausländerinnen und Ausländer in besonderem Maße betreffen können, werden vor der Beschlussfassung in den Ausschüssen und im Stadtrat dem Integrations- und Ausländerbeirat, als beratendem Gremium des Oberbürgermeisters, zur Stellungnahme vorgelegt.

Kontakt
Landeshauptstadt Dresden Integrations- und Ausländerbeirat
Postfach 12 00 20 | 01001 Dresden
E-Mail Auslaenderbeirat@dresden.de
Website Facebook Integrations- und Ausländerbeirat

Aufgaben:
- Vertretung der Interessen der in Dresden lebenden Ausländerinnen und Ausländer
- Zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Ausländerinnen und Ausländer beitragen
- Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Deutschen und Ausländer*innen

- Zur Schaffung und Erhaltung von Freiräumen in der Stadt Dresden beitragen, die die Wahrung und Entwicklung einer eigenen kulturellen Identität für Menschen anderer Nationalität, Kultur, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit zulassen
- Öffentlichkeitsarbeit im Interesse von Ausländerinnen und Ausländern und für ihr Zusammenleben mit Deutschen (z.B. aktive Teilnahme an antirassistischen Veranstaltungen, bspw. Anti-Pegida-Demonstrationen)
- Förderung der Willensbildung für kommunales Wahlrecht für alle Ausländer*innen, die länger als 3 Monate in der jeweiligen Kommune wohnen
- Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen, die sich mit den Problemen von Ausländer*innen beschäftigen
- Zur Verbesserung der Unterkünfte und Versorgung von Asylsuchenden beitragen
- Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

Projektschwerpunkte:

- Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Ausländer*innen in Dresden
- Unterkünfte und Versorgung von Asylsuchenden
- Fragen der Sicherheit und des Rechtsextremismus
- Lage der ausländischen Studierenden und Schüler*innen
- Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden
- Muttersprachlicher Unterricht für Kinder von Ausländer*innenGesundheitliche Versorgung von ausländischen Patientinnen und Patienten
- Probleme einzelner ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner

LAKA- Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg

Gründungsjahr: Der LAKA wurde 1998 in Sindelfingen als “Landesarbeitskreis der kommunalen Ausländervertretungen in Baden-Württemberg” gegründet. Die Initiative ging vom damaligen Ausländerbeauftragten der Landesregierung, Herrn Justizminister Prof. Dr. Goll, aus. Vorbilder waren u.a. die „Landesausländerbeiräte“ in Hessen und Nordrhein-Westfalen. Der LAKA ist die erste Migrantenvertretung in Baden-Württemberg, die als Selbstorganisation von Migrant*innen nationalitätenübergreifend, überparteilich und überkonfessionell organisiert ist und ehrenamtlich wirkt.

An der Gründungsveranstaltung nahmen Vertreter*innen von 45 kommunalen Migrantenorganisationen teil. Im Juli 2007 erfolgte die Umbenennung in „Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg“. Seit 2013 hat der LAKA eine eigene Geschäftsstelle in Stuttgart.

Anzahl der Mitglieder: Der LAKA hat ca. 200 Mitglieder.

Kontakt:
Charlottenstr.25, 70182 Stuttgart,
E-Mail: ursel.herrera.torrez@laka-bw.de
http://www.laka-bw.de | https://www.facebook.com/lakabw

Projektschwerpunkte:
Schwerpunkte der Arbeit des LAKA sind die Unterstützung bei Neugründungen von kommunalen Migrantenvertretungen, Weiterbildung der Mitglieder der kommunalen Migrantenvertretungen sowie Vertretung der Interessen der Migrant*innen gegenüber Ministerien, dem Landtag und den Parteien.

Der LAKA war und ist in verschiedensten Projekten engagiert, so z.B. im IQ-Netzwerk,

im Theaterprojekt „Vom Fliehen und Ankommen“ oder im Projekt „Migrantinnen in die Kommunalpolitik“ der Otto-Benecke-Stiftung.
Aktuell beschäftigt sich der LAKA mit Satzungsänderungen, da es einen Übergang von einzelnen Mitgliedern zur Mitgliedschaft der gesamten Migrantenvertretungen als Institution geben wird. Des Weiteren wird derzeit die Erarbeitung einer Handreichung zum Aufbau einer Migrantenvertretung in Baden-Württemberg geplant sowie die Verstetigung der Weiterbildung für Mitglieder der kommunalen Migrantenvertretungen.

LAKA
Baden-Württemberg

Der Migrantenrat der Hansestadt Rostock (MIGRO)

Gründungsjahr: 1992

Kontakt:
MIGRO
Waldemarstraße 33
18057 Rostock
Telefon: 0381-45910 01
E-Mail: ABRO-@t-online.de
www.fabro-interkulturell.de

Die Mitglieder des Rates werden von der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Hansestadt Rostock für fünf Jahre gewählt. Der Migrantenrat der Hansestadt Rostock hat die Aufgabe, die Informations-, Beratungs- und Kulturarbeit der ausländischen Einwohner*nnen zu fördern. Der Migrantenrat ist die Interessenvertretung für alle in Rostock wohnenden Migrant*innen. Der Migrantenrat steht im ständigen Austausch mit dem Oberbürgermeister und den Fraktionen der Bürgerschaft um wichtige Fragen des Zusammenlebens zwischen Deutschen und MigrantInnen zu erörtern.

Der FABRO e.V. ist der Förderverein des Migrantenrates (MIGRO) der Hansestadt Rostock, der im Jahre 2003 mit dem Ziel gegründet wurde, die Ziele des MIGRO zu unterstützen. Der MIGRO und dessen Förderverein haben ihren Sitz im Interkulturellen Zentrum (IZ) Waldemarhof.

Der Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg - MIR e.V.

Der Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg - MIR e.V. ist aus der ehemaligen Vereinsgründung der „Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte für das Land Brandenburg (AGAB) e.V.“ hervorgegangen.

Gründungsjahr: Gründung des Vereins (AGAB) e.V. 2000
Umbenennung in MIR e.V. 2009

Anzahl der Mitglieder: 70

Kontakt:
Berliner Str. 52 C, 16321 Bernau bei Berlin
Tel.: 0176 77 222 777
Email: mir-brandenburg@mail.ru | www.mir-brandenburg.de

Projektschwerpunkte:
Der MIR bietet Unterstützung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen in Migrantenorganisationen und von Geflüchteten, interreligiösen Dialog und Verständigung mit folgenden Dienstleistungen:

• Servicestelle für Willkommensinitiativen, ehrenamtlich und hauptamtlich Tätige in der Arbeit mit Flüchtlingen sowie Menschen mit Migrationshintergrund
• Servicestelle für Migrantenorganisationen (MO) im Land Brandenburg als regelmäßiges Beratungsangebot von Migrantenorganisationen in seiner Geschäftsstelle und in Form vonmobiler Beratung an verschiedenen Orten im Land Brandenburg, nach Bedarf auch in 11 Sprachen (Deutsch, Russisch, Englisch, Spanisch, Arabisch, Hebräisch, Farsi, Französisch, Tschetschenisch, Türkisch, Bulgarisch)
• Politische Bildungsangebote über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und über das friedliche Zusammenleben von Christ*innen, Jüd*innen und Muslim*innen im Land Brandenburg

MIR e.V. initiiert und unterstützt folgende Projekte:

- Kulturangebote (auch mehrsprachig), sowie orientalische Kulturabende, Diskussionsabende, u.a. mit Fotoausstellungen und Präsentationen über die Kultur in Herkunftsländern und über das Zusammenleben in Deutschland sowie thematische Kunstausstellungen mit moderierten Diskussionsrunden und Wanderausstellungen
- Ethik- und Demokratieschule für Zuwander*innen
- Interkulturelles Neujahrsfest für Kinder und Eltern 2019
- Örtliche Antidiskriminierungsberatungsstellen (MO) sowie Maßnahmen gegen Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus
- Maßnahmen zur Initiierung und Unterstützung der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Brandenburg
- Dialog zwischen Jüd*innen, Christ*innen und Muslim*innen
- Projekt "Wir sind der Brückenbauer zwischen der Willkommens- und Ankommenskultur und verbinden Menschen im Sinne der Offenheit und Dankbarkeit"

Niedersächsischer Integrationsrat (NIR)

Gründungsjahr: 1984 in Göttingen

Anzahl der Mitglieder: 18 Mitgliedskommunen und Landkreise

Kontakt:
Niedersächsischer Integrationsrat
Geschäftsstelle Bildungsverein
Am Listholze 31, 30177 Hannover
Tel.: 0511 338 798 54 | Fax: 0511 338 798 53
nir@bildungsverein.de | www.nds-nir.de

Der NIR veranstaltet seit 2016 jährlich das Projekt „Summer School für junge Migrantinnen und Migranten“ zum Kennenlernen von Berufen im Medienbereich in Kooperation mit dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) und dem Niedersächsischen Wirtschaftsministerium.

Projektschwerpunkte: (2019 -2021)

- Empfehlungen zu einem „Niedersächsischen Partizipations- und Teilhabegesetz“ erarbeiten und über die Kommission für Migration und Teilhabe Fragen in den Landtag einbringen
- Arbeitsgruppe „Antirassismus, Extremismusprävention und Demokratieförderung“ in Kooperation mit dem Landespräventionsrat
- Projekt „Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Frauen“ in Kooperation mit dem DGB
- NIR ist im Projekt "Politische Teilhabe von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte" ein Kooperationspartner des Nds. Sozialministeriums (MS) betreffend der Umsetzung des VI. Mentoringsprogramms "Frauen, Macht, Demokratie" zur Förderung von zukünftigen Mandatsträgerinnen auf kommunaler Ebene. Hier wirkt der NIR im Rahmen des frauenpolitischen Forums und im wissenschaftlichen Beirat zur Begleitung des Mentoringsprogramms mit, unterstützt als Kooperationspartner mit Blick auf die Kommunalwahl 2021 Kandidatinnen mit Zuwanderungsgeschichte, welche sich politisch engagieren möchten. In diesem Zusammenhang arbeitet NIR mit den politischen Parteien zusammen.

Eine zentrale Forderung des NIR ist die "Verankerung der Migrationsbeiräte/Integrationsräte in der Niedersächsischen Gemeindeordnung". So hält NIR die Aufnahme der Verankerung der Migrationsbeiräte/Integrationsräte in die Niedersächsische Gemeindeordnung im Rahmen eines Bundes,- bzw. Landesteilhabegesetzes für überfällig. Diese Forderung hat NIR durch einen Beschluss in die Kommission für Fragen der Migration (Nds. Landtag) eingebracht und dessen Zustimmung erwirkt.

Saarländischer Integrationsrat (SIR)

Der Saarländische Integrationsrat (SIR) ist das demokratisch legitimierte Vertretungsorgan der Integrationsbeiräte im Saarland.
Weiterhin setzt sich der SIR dafür ein, die gesellschaftliche und rechtliche Situation der Migrantinnen und Migranten im Saarland zu verbessern, Integration zu fördern und Diskriminierungen und Rassismus entgegenzuwirken. Der SIR vertritt gegenüber Landesregierung, Landtag, Parteien und Öffentlichkeit die besonderen Belange der ausländischen Bevölkerung und arbeitet mit anderen Interessengruppen zusammen.

Er ist Ansprechpartner für die im Landtag vertretenen Parteien und für die Landesregierung. Der Saarländische Integrationsrat setzt sich für die rechtliche Gleichstellung aller im Saarland lebenden Menschen ein.

Kontakt:
Altenkesseler Straße 17/C1
66115 Saarbrücken
E-Mail: info@integrationsrat-saarland.de

sir
Saarländischer Integrationsrat

Quelle: https://www.saarlouis.de/uploads/media/integrationsbeirat-flyer_03-04-2014.pdf

ZEITREISE IN DER MIGRATIONSPOLITIK

1971 / 1972

Die ersten demokratisch legitimierten Ausländerbeiräte werden eingerichtet (Wiesbaden, Nürnberg, Wiesloch-Walldorf und Troisdorf)

1991 / 1993

Rassistische Angriffe gegen Ausländer in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Brandanschlag in Mölln und Solingen.

1995

Bundesweite Einführung des Kommunalwahlrechts für Unionsbürger.

Murat Cakir übergibt den Vorsitz des BAB an Memet Kilic.

1998 / 1999

Der Bundesausländerbeirat und der Förderverein des Bundesausländerbeirats werden gegründet.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
vom 18. Mai 1998

Bundesausländerbeirat gegründet

Osnabrück (dpa) – Vertreter von 450 Ausländerbeiräten in Deutschland haben in Osnabrück einen Bundesausländerbeirat gegründet und den 38 Jahre alten Türken Murat Cakir zum Vorsitzenden gewählt. Das neue Gremium soll die politischen Interessen der hier lebenden Ausländer vertreten. Cakir forderte die Einführung eines Wahlrechts für alle in Deutschland lebenden Ausländer. Er wünschte sich auch eine Verbesserung des „antiquierten" Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes. „Die doppelte Staatsbürgerschaft ist ein ernsthaftes Signal des deutschen Staates, die hier seit Jahrzehnten lebenden Menschen aufzunehmen", sagte Cakir, der seit 30 Jahren in Deutschland lebt. Außerdem sprach sich der Vorsitzende erneut für ein Verbot rechtsradikaler Parteien aus. Die Wahl einer rechtsradikalen Partei in den Bundestag würde seiner Meinung nach einen „großen Ansehensverlust unserer Republik bedeuten".

2000

2001

UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus in Südafrika.
BAB nimmt als akkreditiertes konsultatives Organ daran teil.

ZEITREISE IN DER MIGRATIONSPOLITIK

2002

BAB wird in "Beirat der Inneren Führung" der Bundeswehr einberufen.

2005

Zuwanderungsgesetz tritt in Kraft.

2006 / 2007

>Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt

>Nationaler Integrationsplan tritt in Kraft.

>Bundesausländerbeirat startet Kampagne für Kommunales Wahlrecht

> Einbürgerungstest wird eingeführt

2008

2009

Der Bundesausländerbeirat wird als Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) umbenannt

Aufdeckung der rassistischen NSU-Morde

2011

ZEITREISE IN DER MIGRATIONSPOLITIK

2013

Bundeskanzlerin Angela Merkel richtet ein schriftliches Grußwort an das Plenum des BZI

2016

Das neue Integrationsgesetz tritt in Kraft

2017

BZI initiiert die bundesweite Kampagne „Hier lebe ich! Hier wähle ich!“ mit

2018

Der BZI erhält Strukturförderung für einen Zeitraum von drei Jahren und eröffnet seine erste eigenständige Geschäftsstelle

2019

Der BZI initiiert einen Aufruf für die Einrichtung einer Enquete Kommission im Bundestag zur Bekämpfung von Rassismus

UNSERE GESCHICHTE

UNSERE GESCHICHTE

MEMET KILIC

„Der BZI für eine wehrhafte Demokratie"

Als ich am 2. April 1990 nach Deutschland kam, wollte ich eine politisch sehr turbulente Zeit hinter mir lassen. Ich bin aber gleichzeitig in eine sehr turbulente Zeit geraten. Es kam zu einem äußerst glücklichen Ereignis: Die deutsche Wiedervereinigung. Kurz danach wurden jedoch auch nationalistische Töne immer lauter. Wir hatten mit solchen schrecklichen rassistischen Ereignissen wie in Mölln, Solingen, Hoyerswerda und Rostock zu tun. Auch die überwältigende Mehrheit unserer deutschen Freund*innen war über diese schrecklichen Taten empört. In dieser Phase habe ich Organisationen gesucht, wo ich mich gegen diese Entwicklung engagieren kann. Ich habe mich für die Organisationsform Ausländerbeirat entschieden, obwohl ich von Anfang an wusste, dass auch diese Organisation eigene Schwächen und Macken hat. Aber mir war es lieber, in einer überparteiischen, überethnischen und religionsneutraler Organisation tätig zu sein.

Im Jahr 1994 zum Ausländerbeirat der Stadt Heidelberg gewählt, stellte ich schnell fest, dass die föderative Struktur der Bundesrepublik und die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland kommunale Organisationen recht schnell in ihre Schranken weist. Daher war es unumgänglich, auf eine Vertretung auf Landesebene und Bundesebene hin zu arbeiten. Im Jahr 1998 war es so weit, dass wir sowohl in Baden-Württemberg, aber auch auf Bundesebene unsere Strukturen gegründet haben.

Ich kann mich gut an die Gründungsversammlung des Bundesausländerbeirates (jetzt BZI) in Osnabrück erinnern. Viele engagierte Delegierte aus verschiedenen Bundesländern mit unterschiedlichem Migrationshintergrund waren dabei. Voller Enthusiasmus. Unser legendärer erster Vorsitzender, Murat Cakir, und die ebenfalls legendäre erste Geschäftsführerin, Ulrike Foraci, haben in dieser Gründungsphase eine tolle Arbeit geleistet. Wir Vorstandsmitglieder mussten noch lernen, wie die Institutionen und Medien auf Bundesebene ticken. Unsere ehrenamtlichen Geschäftsführer, Miguel Vicente und Hakan Gündüz, haben entschieden zu der Etablierung des BZI auf Landes- und Bundesebene beigetragen. Jetzt haben wir mit unserer professionellen Geschäftsführerin, Dr. Deniz Nergiz, eine sehr engagierte und gute Person in Berlin. Unsere Vorsitzenden Dr. Karamba Diaby, Giuseppe Schillaci und Lajos Fischer haben den BZI in schwierigen Zeiten gut geführt.

Der BZI konnte sich ziemlich früh auf Bundesebene etablieren und wurde von der UNO als konsultatives, soziales Organ anerkannt

und akkreditiert. So konnte ich z.B. an der Weltkonferenz der UNO gegen Rassismus im Jahre 2001 in Südafrika teilnehmen. Wir sind außerdem in unterschiedlichen Bundesinstitutionen vertreten (wie im Beirat für die Fragen innerer Führung der Bundeswehr bis 2010, dem Haus der Geschichte, Rundfunkträte etc.).

Wir wurden bei vielen wichtigen gesetzgeberischen Tätigkeiten von Landesparlamenten und vom Bundestag angehört. Nur einige wenige Beispiele davon sind: Das Zuwanderungsgesetz 2003, der Innenausschuss des Bundestages zu „Einbürgerung/Staatsangehörigkeit“ am 10. Dezember 2007; das Antidiskriminierungsgesetz und Bleiberechtregelungen.
Der BZI war auch ein Bestandteil von diversen Enquete-Kommissionen („die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, öffentliche Anhörung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages am 12. / 13. November 2000 in Berlin) und hat die Integrationsgipfel der Bundesregierung konstruktiv begleitet.

Demokratisch gewählte Ausländerbeiräte/ Integrationsbeiräte als Interessenvertretung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beeinflussen seit mehr als 40 Jahren das Zusammenleben in Deutschland positiv. Sie sind Ausdruck des politischen Partizipationswillens der Migrant*innen und haben Entscheidendes für die Verbesserung des Zusammenlebens beigetragen. Gleichzeitig sind sie lebendiger Beweis für das kooperative Miteinander von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft.

Teilhabe und Antidiskriminierung waren und sind die wesentlichen Tätigkeitsfelder unserer Organisationen. Jedoch kommen neue bedeutende Aufgaben auf uns zu. Die Verfassungskultur unseres Landes kann den Neuzuwander*innen und Flüchtlingen mit uns und durch uns besser und schneller vermittelt werden. Wir müssen dafür
Sorge tragen, dass unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zwischen Rassist*innen und Islamist*innen nicht zermürbt wird. Wir müssen religiöse und ethnische Intoleranz in die Schranken weisen und auch die Rassismen in den eigenen Reihen bekämpfen.

Das ist eine Herkules-Aufgabe. Jedoch wird es uns mit so vielen Engagierten Mitstreiterinnen und Mitstreitern an der Basis mit Sicherheit gelingen.
Für eine bessere Zukunft für uns und für unsere Kinder müssen wir Hand in Hand weiterarbeiten.

Ich bitte und ermutige Sie, sich weiterhin so unermüdlich zu engagieren.

Memet Kilic ist Gründungsmitglied und war Vorsitzender des BZI von 2000-2010 und von 2014-2016.

Quelle imago_photothek _ Thomas Köhler

UNSERE GESCHICHTE

Rückblick: 1998 - 2017

1998 Konstituierende Sitzung des Bundesausländerbeirats

Quelle: NIR- Dokumentation

Historisches Ereignis in Oestabrück:

Ausländer gründen Bundesbeirat

Auch Niedersachsen in neuem Spitzengremium vertreten

Ein Gastbeitrag des ersten Vorsitzenden Murat Cakir

14 April 2000

Macht und Ohnmacht der Ausländerbeiräte

2001 Vorstand des BAB besucht Bundespräsident a.D. Johannes Rau

2002 BAB wird in „Beirat der Inneren Führung“ der Bundeswehr berufen

Ausländervertreter in Bundeswehr-Gremium

Memet Kilic berät künftig die Bundeswehr.

WIESBADEN. Mehmet Kilic, Vorsitzender des Bundesausländerbeirats, ist von Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) in den Beirat für Fragen der Inneren Führung der Bundeswehr berufen worden. Der Ausländerbeirat teilte am Donnerstag mit, der 35-jährige Kilic werte seine Berufung als wichtigen Schritt. Immer mehr Wehrdienstleistende hätten einen „Migrationshintergrund“. (KNA)

2006 BAB fordert bundesweiten Aktionsplan gegen Rassismus

PRESSEINFO

Bundesausländerbeirat

Wiesbaden/Mainz, 24. April 2006

Mordversuch an Deutsch-Äthiopier

Bundesausländerbeirat will nationalen Aktionsplan gegen Rassismus

Keine Verharmlosung von Rassismus in Deutschland/Kritik an Äußerungen Schönbohms

2007 Plenarsitzung und Wahlversammlung des BAB „Europäisches Jahr der Chancengleichheit“

2008 Integrationsgipfel

Zwischenbilanz Nationaler Integrationsplan“
am 6. November 2008 im Bundeskanzleramt

2009 Plenarsitzung und Wahlversammlung des BZI in Saarlouis

SEITE 82 Saarbrücker Zeitung NR. 284 LANDESPOLITIK / REGION 7. DEZEMBER 2009

Appell zur Einbürgerung

Bundeszuwanderungs- und -Integrationsrat wählt in Saarlouis neuen Vorsitzenden

Obwohl die Wahlen zum Wahlrecht für Ausländer gescheitert sind, hat der Bundeszuwanderungs- und -Integrationsrat in Saarlouis an Saarlouis Migranten zur Einbürgerung aufgerufen.

Von Ulf Mirsbeberin
Heike Vestland

Saarlouis. Karamba Diaby aus Senegal ist am Ende des Delegiertenkonferenz des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates am Wochenende in Saarlouis zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der Senegalese setzte sich in einer Stichwahl gegen den bis Samstag noch amtierenden Vorsitzenden Giuseppe Schillaci aus Saarbrücken, mit 17 zu 16 Stimmen durch.

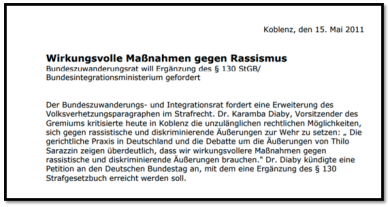
„Das ist Demokratie“, kommentierte der neue Vorsitzende, Karamba Diaby, nach der nur Promiminuten die Entscheidung der 33 stimmberechtigten Delegierten. Der 1960 geborene Senegalese lebt seit 24 Jahren in Halle und ist gesamtwirtschaftlicher Chemiker und Gesellschafter. Er hofft auf die Fortsetzung der guten Arbeit im Bundesverbandes des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates. Der Bundesrat schlägt von Landesarbeitsgemeinschaften aus kommunalen Ausländerbeiräten und Ausländerorganisationen, Gegenüber im Bundesrat sitzen 15 Vertreter politischer Interessenvertretung der ausländischen Bevölkerung und 15 Vertreter.

Die Ziele, die sich der Rat mit seinem neuen Vorstand gesetzt hat, sind klar definiert. Auf der Tagesordnung stand am Wochenende die Stellungnahme zur Bewertung der neuen Bundesregierung. Die Delegierten wurden aufgerufen, ein deutliches Signal in der Migrations- und Integrationspolitik, demnach Mittelbau vieln Aspekte zur Ungleichheit und wichtige Bereichen, wie Bildung, Arbeitsmarkt, bedarf nicht der Rat in der Verbesserung der rechtlichen Stellung der Ausländer, politischen Rechten von Zugewanderten und in der notwendigen Stärkung der Antidiskriminierungspolitik.

Die Bewertung der Bundesregierung, die Einbürgerungszahlen zu erhöhen, sieht der Rat als Signal an, das an Migranten die Hinden, die zum Erlangen der Staatsbürgerschaft bewältigt werden müssen, „Wir wollen aber demnach eine positive Stellung der Politik an die Migranten appellieren, sich einbürgern zu lassen“, erklärt Diaby. Die Diskussion um Wahlrecht, das Ausländerwahlrecht von Ehegatten und viele andere Punkte aus dem Koalitionsvertrag sind aufgegriffen und wurden in Saarlouis ausführlich debattiert. Die Delegierten über die Volksabstimmung in Schweiz, die Ausweisung der Bau von Minaretten verhindern werden soll. „Das darf in unserer Gesellschaft nicht passieren“, sagte Diaby. Die Bundesrat wird sich weiterhin dafür dass Stellung zu beziehen.

Der neue Bundesvorstand des Zuwanderungs- und Integrationsrates (von links nach rechts): Vito Cantonia, Philipp Ekpene, Memet Kilic, Karamba Diaby, Phuong Nofatti, Nesrin Odabasi, Ismail Özdogan und Argyri Paraskaki. Foto: ffr

2011 Plenarsitzung und Wahlversammlung des BZI in Koblenz



Koblenz, den 15. Mai 2011

Wirkungsvolle Maßnahmen gegen Rassismus
Bundeszuwanderungsrat will Ergänzung des § 130 StGB/
Bundesintegrationsministerium gefordert

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat fordert eine Erweiterung des Volksverhetzungsparagraphen im Strafrecht. Dr. Karamba Diaby, Vorsitzender des Gremiums kritisierte heute in Koblenz die unzulänglichen rechtlichen Möglichkeiten, sich gegen rassistische und diskriminierende Äußerungen zur Wehr zu setzen: „ Die gerichtliche Praxis in Deutschland und die Debatte um die Äußerungen von Thilo Sarazzin zeigen überdeutlich, dass wir wirkungsvollere Maßnahmen gegen rassistische und diskriminierende Äußerungen brauchen.“ Dr. Diaby kündigte eine Petition an den Deutschen Bundestag an, mit dem eine Ergänzung des § 130 Strafgesetzbuch erreicht werden soll.

2012 Plenarsitzung und Wahlversammlung des BZI in Dresden. | Giuseppe Schillaci wird zum neuen Vorsitzenden gewählt.

2013 6. Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt

2014 7. Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt

2015 Plenarsitzung und Wahlversammlung des BZI im Haus der Geschichte in Bonn.

2016 Vorstellung des Impulspapieres der Migrantenorganisationen zur interkulturellen Öffnung

2017 Dialogveranstaltung(en) mit Migrantinnen- Migrantenselbstorganisationen und Neuen Deutschen Organisationen im Bundesfamilienministerium

2017 Dialogveranstaltung(en) mit Migrantinnen- Migrantenselbstorganisationen und Neuen Deutschen Organisationen im Bundesfamilienministerium

2017 Pressekonferenz im Bundespresseamt zur 1. Bundeskonferenz Migrantenorganisationen und Neue deutsche Organisationen

2017 23. Brandenburger Migrantentreffen im Plenarsaal des Landtags Brandenburg, in Potsdam

UNSERE GESCHICHTE

MIGUEL VICENTE

„Integrationsbeiräte in Deutschland – warum sie wichtig waren und wichtig bleiben“

Seit über vierzig Jahren gibt es Ausländer- und Integrationsbeiräte in Deutschland. Damit bilden sie ein wichtiges Stück Geschichte des politischen Engagements von Migrantinnen und Migranten ab. Viele Wandlungen und Entwicklungen haben die Beiräte in dieser Zeit durchgemacht, immer auch als Antwort auf die jeweilige gesellschaftliche Situation und die jeweilige deutsche Migrationspolitik. Und obwohl sie oft als Übergangs- oder gar Auslaufmodelle betrachtet wurden, gibt es heute so viele Integrationsbeiräte wie nie zuvor, in nahezu allen Bundesländern.

Integrationsbeiräte gehörten seit ihren Anfängen mit zu den Vorreitern in der Formulierung politischer Appelle, um Deutschland als Einwanderungsland zu gestalten. Schon in den Achtzigerjahren forderten sie, dass Deutschland sich als Einwanderungsland begreifen müsse, dass politische Rechte für Zugewanderte, wie das kommunale Wahlrecht, notwendig seien, dass das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert gehöre und man die doppelte Staatsbürgerschaft dazu brauche, dass die Bundesrepublik die Zuwanderung steuern müsse und dass stärker auf die Potentiale der Zugewanderten zu achten sei, als auf ihre vermeintlichen Defizite. Nicht zu vergessen auch ihre Forderung, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ernster genommen und stärker bekämpft werden müssten.

Alles Forderungen, die heute noch auf der politischen Agenda stehen und inzwischen von vielen politischen und gesellschaftlichen Gruppen geteilt werden. Es sind Themen, die gewissermaßen zum politischen Mainstream avanciert sind, denn Deutschland hat sich seitdem erkennbar in der Einschätzung der Bedeutung von Migration und Integration gewandelt.

Und schon stellt sich die Rolle der Integrationsbeiräte heute wieder neu. Welchen Sinn machen sie in einer Zeit, in der Zuwanderung und die damit zusammenhängenden Fragen der Integration in die Mitte der Gesellschaft, in das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit, gerückt ist? Gerade jetzt, wo sich in der Folge der starken Zuwanderung von Geflüchteten seit 2015 so viele gesellschaftliche Institutionen und Organisationen sowie Millionen von Engagierten in der Flüchtlingshilfe mit dem Thema der Integration von Zugewanderten beschäftigen. Braucht man da noch ein Gremium, das Forderun-

gen formuliert, die längst von der Politik und den Institutionen erkannt und aufgegriffen werden? Ich meine ja.

So sehr die Flüchtlingszuwanderung der letzten Jahre eine enorme gesellschaftliche Dynamik angestoßen hat, an der unsere Institutionen und die Zivilgesellschaft sprichwörtlich gewachsen ist, so sehr gibt es zeitgleich die entgegengesetzte Entwicklung. Das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte und Einstellungen, die mediale Aufladung des Themas und die ängstliche Reaktion in Teilen der Politik, führen zu einer Negativbesetzung des Migrationsthemas und bergen die Gefahr, dass wir in der Integrationspolitik um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Daher sind jetzt alle gesellschaftlichen Kräfte wichtig, die sich dem entgegenstellen und für eine fortschrittliche Migrations- und Integrationspolitik Partei ergreifen. Dazu zählten immer die Integrationsbeiräte und könnten dies gerade jetzt und in der Zukunft verstärkt tun. Was wären in diesem Sinne wichtige Fragen und Handlungsfelder für die kommunalen Integrationsbeiräte? Hier einige Vorschläge:

Erstens sollte Einwanderung stärker als Dauerphänomen verstanden und verankert werden. Obwohl Deutschland inzwischen seit über 60 Jahren von Zuwanderung geprägt ist, haben sich viele gesellschaftliche Institutionen noch kaum darauf eingestellt. Die oben beschriebene Dynamik nach der Flüchtlingszuwanderung hat hier einiges in Bewegung gebracht. Diese Entwicklung sollte genutzt werden, um nachhaltige Strukturen zu schaffen, die das hervorbringen, was gängiger Weise als Interkulturelle Öffnung bezeichnet wird.

Kommunale Integrationsbeiräte können Öffnungsprozesse in den gesellschaftlichen Strukturen nicht nur einfordern, sondern deren Umsetzung begleiten. Sie können sich dafür einsetzen, dass das „Regelphänomen“ der Zuwanderung in den „Regelsystemen“ der Gesellschaft aufgefangen wird.

Zweitens brauchen wir eine höhere Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte bei politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen. Integrationspolitik leidet oft an fehlender Perspektivenvielfalt, weil Zugewanderte weiterhin in Parteien und somit auch in den Parlamenten unterrepräsentiert sind - auch wenn sich in den letzten Jahren hier eine Menge zum Besseren bewegt hat.

Gerade Integrationsbeiräte bringen den Blick der Zugewanderten in die politische Debatte ein und weiten die Perspektive sowohl auf die Problemwahrnehmung

als auf die Problemlösung aus. Sie erfüllen zugleich eine wichtige „Sprungbrettfunktion“, indem viele ihre Erfahrung in der Arbeit der Beiräte genutzt haben, um Funktionen und Mandate in den Parteien und in Gemeinderäten zu übernehmen.

Drittens muss sich Integrationspolitik wieder stärker auf eine Politik der Gleichstellung und Antidiskriminierung konzentrieren. Die Haltung, Integrationsprobleme entstünden vor allem, weil Migrantinnen und Migranten Defizite hätten – in der Sprache, in ihrer beruflichen Qualifikation oder durch ihre sonstigen „kulturellen Prägungen“ – hat durch den anhaltenden rechtspopulistisch geprägten Diskurs wieder Konjunktur.

Wenn Arbeitssuchende aufgrund ihrer Herkunft oder Religion nachweislich weniger Chancen haben, eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle zu finden, wie wiederholt Untersuchungen zeigen, dann liegt es nicht an ihren mangelnden Fähigkeiten, sondern an manifesten Diskriminierungsstrukturen. Hier brauchen wir eine stärkere Balance des Blickwinkels: weniger an Erwartungshaltungen gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte „Anpassungsleistungen“ zu erbringen; dafür mehr auf die gesellschaftlichen Strukturen schauen, die strukturelle Ausgrenzung befördern.

Dazu gehört auch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stärker zu thematisieren. In Deutschland tut man sich weiterhin schwer über diese Phänomene offen zu reden, obwohl wissenschaftliche Erkenntnisse immer wieder darauf hinweisen, dass diese Haltungen in der Mitte der Gesellschaft recht verbreitet sind. Integrationsbeiräte haben hier stets wichtige Impulse gegeben, wenn es darum geht, stärker auf Fragen der Diskriminierung und deren Ursachen zu setzen.

Schließlich sollte Integrationspolitik stärker in eine Politik der Vielfalt und Antidiskriminierung eingebettet und mit anderen Politikfeldern verzahnt werden. Wir brauchen in Deutschland eine Haltung zur gesellschaftlichen Vielfalt, die alle Gruppen vor Diskriminierung gleichermaßen schützt und Vielfalt nicht nur als Realität, sondern als positive Ressource erkennt.

Eine Kultur der Antidiskriminierung in Deutschland hat nur eine Chance etabliert zu werden, wenn alle die Gruppen und Institutionen stärker zusammenarbeiten, die sich bislang meist unabhängig voneinander den unterschiedlichen Merkmalen (Geschlecht, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung, Alter, Behinderung oder Religion) widmen. Dabei brauchen wir einen neuen Blick auf unse-

re Gesellschaft: Eine plurale Gesellschaft ist deswegen vielfältig, weil zahlreiche Merkmale der Menschen und unzählige Lebenseinstellungen existieren. Vielfalt zu reduzieren auf die ethnischen oder religiösen Aspekte wäre nicht nur zu kurz gegriffen, sondern gefährlich. Dies leistet nämlich einer „Ethnisierung“ der Gesellschaft und gleichzeitig einer Polarisierung Vorschub. Gerade das erleben wir aktuell wieder in beunruhigender Weise.
Deutschland erfährt in den letzten Jahren eine starke Neuzuwanderung – übrigens nicht nur von Asylsuchenden, sondern stärker noch von Menschen aus anderen EU-Staaten, was der breiten Öffentlichkeit oft kaum bekannt ist. Nicht alle, aber viele von ihnen werden hier langfristig bleiben. Wenn uns demokratische Teilhabe und politische Partizipation wichtig ist, sollten wir ihnen Angebote dafür machen. Die Integrationsbeiräte wären hierfür ein sehr geeigneter Ort. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich behaupte, dass in den vergangenen Jahrzehnten keine andere Institution die politische Partizipation von Zugewanderten so gefördert hat, wie die Integrationsbeiräte. Diese Rolle sollten sie auch mit Blick auf die neu zugewanderte Bevölkerung weiterhin einnehmen. Gerade in Zeiten, in denen unser demokratisches Gemeinwesen für viele keine Selbstverständlichkeit mehr zu sein scheint, ist jeder Beitrag zu dessen Stärkung von höchster Bedeutung.
An dieser Stelle möchte ich den vielen Menschen, die in den letzten vierzig Jahren in den Integrationsbeiräten gewirkt haben, meinen Dank und meinen Respekt aussprechen. Viele haben dieses Engagement mit großer Hingabe, langem Atem und nicht immer mit der nötigen Würdigung durch die Gesellschaft geleistet. Sie haben zweifelsohne einen sehr wichtigen Beitrag erbracht, um das Einwanderungsland Deutschland voranzubringen.

Und schließlich möchte ich dem Bundesverband zu seinem 25-jährigen Bestehen gratulieren und von Herzen sagen: Danke und alles Gute!

Miguel Vicente ist seit 2011 Beauftragter der Landesregierung für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz. Er war von 2004 bis 2011 Geschäftsführer des BZI.

UNSERE GESCHICHTE

NIEDERSÄCHSISCHER INTEGRATIONSRAT (NIR)

„Von Gründung des Bundesausländerbeirates (BAB) im Jahr 1998 und zur Konsolidierung des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates (BZI)“

Der in der niedersächsischen Friedensstadt Osnabrück im Jahr 1998 auf Initiative und durch intensive Unterstützung u. a. des NIR gegründete Bundesausländerbeirat- BAB (der später als Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat- BZI umbenannt wurde) litt lange unter einer fehlenden Finanzierung.

In den 19 Jahren seiner Existenz bis 2017 scheiterten viele der mit der Politik geführten Gespräche, die eine solide finanzielle Förderung des BZI zum Ziel hatten, um diesen handlungsfähig zu machen. Die NIR-Mitglieder diskutierten das Problem und beauftragten den Vorstand, eine vom BZI geplante Fachtagung im Sommer 2017 organisatorisch und finanziell zu unterstützen, um einen entscheidenden Schritt in Richtung einer verlässlichen und ausreichenden Förderung zu gehen.

Die drei niedersächsischen BZI-Vorstandsmitglieder nutzten ihr Netzwerk und wiesen in zahlreichen Gesprächen auf die dringende Notwendigkeit der Förderung des BZI hin. Sie besuchten gemeinsam mit anderen Vorstandsmitgliedern politische Akteure im Bundestag, im Bundeskanzleramt und im Innenministerium, um die zuständigen Politiker und hohe Verwaltungsbeamte zu überzeugen. Der Bogen geführter Gespräche wurde vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ins Familienministerium, in die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), zu den „Neuen Deutschen Organisationen“ (NDO) und anderen bundesweit agierenden Migrantenorganisationen (MSO) gespannt. Dieser Bogen endete wieder beim BAMF, das den Beginn und das erfolgreiche Ende der Gespräche darstellte.

Als Initialzündung zum Erreichen des Ziels der finanziellen Förderung des BZI wurde im Jahr 2017 in der Landesvertretung Niedersachsens in Berlin die erste Bundeskonferenz des BZI in Berlin in einem angemessenen Rahmen professionell umgesetzt. Dadurch erhielt der BZI die Gelegenheit, seine Bedeutung und sein Können den Akteuren in der Politik, in den Ministerien, im BAMF und in der bpb zu beweisen und sich für die Auf-

nahme in die Strukturförderung zu empfehlen. Der NIR glaubte fest an dem Erfolg seiner BZI-Delegierten und förderte die Fachtagung mit 3.000 Euro. Die Lotto-Sport-Stiftung steuerte weitere 4.000 Euro aus Niedersachsen bei, die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) den Löwenanteil in Höhe von 10.500 Euro.
Der Geschäftsführer des NIR sorgte gemeinsam mit dem damaligen Geschäftsführer des BZI zum Abschluss des Projekts dafür, dass ein sachgemäßer Verwendungsnachweis für die Geldgeber sowie ein Sachbericht in Form einer Broschüre für die Öffentlichkeit erstellt wurden. Die Layout- und Druckkosten in Höhe von 2.000 Euro übernahm ebenfalls der NIR mit einer außerordentlichen Zuwendung.

UNSERE GESCHICHTE

DR. KARAMBA DIABY

„Wir sind von hier!“

An einem Märztag vor sieben Jahren war ich wieder auf dem Weg von Magdeburg nach Halle. Im Zug saß außer mir noch ein weiterer Schwarzer Mann. Wir stiegen beide in Halle am Hauptbahnhof aus und gingen in Richtung Ausgang. Da standen an der Tür rechts und links jeweils ein Bundespolizist. Einer hielt mich an, der andere den Mitreisenden aus dem Zug. „Kann ich mal den Ausweis sehen?“ „Wo wohnst du?“ Ich sagte, hier in Halle, und deutete auf die Adresse auf der Rückseite meines Personalausweises. Er schien, weder mir noch meinem Personalausweis zu trauen. Ich gab ihm mein Stadtratsausweis, dann mein Dienstausweis des Sozialministeriums. Am Ende sagte er widerwillig zu seinem Kollegen: „Gut, mit den Papieren lassen wir ihn laufen.“ Sie sprachen über mich wie über einen Kleinkriminellen, den sie aufgegabelt hatten und dem sie gerade leider nichts nachweisen konnten.

Solche Fälle von Racial Profiling gibt es jeden Tag. Verstärkt wird diese Art der Ausgrenzung durch die Zunahme von rechtspopulistischen Kräften. Soziale Netzwerke sind dabei zu einem Nährboden für Hassreden geworden. Die Sprache hat sich dort verschärft und trägt dazu bei, dass die Hemmschwelle zu physischer Gewalt gesunken und die Zahl rassistischer Angriffe gestiegen ist. Rechtspopulisten verfolgen das Ziel, autoritäre, nationalistische und menschenfeindliche Haltungen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und diese zu normalisieren. Es kommt zu „Normalitätsverschiebungen“, wie es auch der Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer in seinem aktuellen Buch „Autoritäre Versuchungen“ beschreibt.

Vorurteile und Feindbilder sind in der Gesellschaft präsent. Diese sind unterschwellig und fest in unserem Unterbewusstsein verankert. Die beiden Polizisten am Bahnhof hatten vermutlich nicht das Ziel, zu diskriminieren. Doch ihre Handlung war diskriminierend und ausgrenzend und darauf kommt es an. Erst, wenn es uns bewusst wird, dass wir Vorurteile haben, können wir sie abbauen. Gerade heutzutage in einer Zeit, da die Polarisierung zunimmt, ist es besonders wichtig, den Zusammenhalt in Deutschland und Europa zu stärken und einen konstruktiven Dialog zu fördern. Ein autoritärer Kapitalismus, der auf Deregulierung von Finanzmärkten und der sozialen Sicherungssysteme setzt, hat ein Teil der Gesellschaft nachhaltig verunsichert. Rechtspopulisten nutzen die-

se Situation aus und versprechen eine Wiederherstellung von Kontrolle als Reaktion auf individuelle und gesellschaftliche Kontrollverlustängste.

Sie zielen auf eine Destabilisierung der bestehenden Institutionen, die zu einem autoritären Systemwechsel führen soll. Gleichzeitig gehört die Hälfte der Deutschen, wie die jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Das pragmatische Einwanderungsland“ zeigt, zur breiten „beweglichen Mitte“. Diese breite „Mitte“ zeigt differenzierte Einstellungen zum Thema Einwanderung und eine überwältigende Mehrheit zeigt sich offen für die Aufnahme von Geflüchteten. Eine andere wichtige Erkenntnis der Studie ist, dass die größte Sorge der Deutschen die Zunahme von Rechtsextremismus und rassistischer Gewalt ist. Und hier müssen wir ansetzen: Der Zivilgesellschaft wird dabei eine besondere Rolle zukommen. Vereine können Menschen zusammenbringen und Räume für einen interkulturellen Austausch schaffen. Eines der Ziele sollte die Sensibilisierung der Gesellschaft sein. Vor meiner politischen Karriere war ichVorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsbeirats und ich weiß, dass dieser Verein eine wichtige Säule im Kampf für den Zusammenhalt in der Gesellschaft ist. Er ermöglicht den Menschen, über die Feindbilder hinauszudenken, Vorurteile zu hinterfragen und abzubauen. Damit alle – unabhängig von der eigenen Herkunft – sagen können: Wir sind von hier! Das heißt dann auch, dass die zwei Schwarzen Männer nicht als potenzielle Kleinkriminelle gesehen werden, sondern als Pendler, Familienväter oder eben als Menschen. Darauf müssen wir alle gemeinsam hinarbeiten.

Dr. Karamba Diaby MdB ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war von 2009 bis 2012 Vorsitzender des BZI.

AKTUELLES

AKTUELLES

Unsere Aktivitäten 2018 - 2019

2018

Besuch des BAMF zum Amtsantritt der Geschäftsführerin Dr. Nergiz

Auftaktveranstaltung „Strukturförderung von Migrantenorganisationen“

Quelle: BAMF

Austauschtreffen der Migrantenorganisationen mit Filiz Polat MdB

Dialog mit Migrant*innenorganisationen Staatsministerin Widmann-Mauz empfängt rund 40 Migrantenorganisationen im Bundeskanzleramt

2. Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen

Deutschland Dialog mit Bundesinnenminister zum Thema "Heimat"

Podiumsveranstaltung von BZI und AGARP „Prozessende im NSU-Fall: (K)ein Ende mit offenen Fragen - wie soll es weitergehen?“

Fachtag des BZI „In Vielfalt leben: Vielfalt für die Demokratie mobilisieren“

3. Deutscher EngagementTag- Warum engagierst Du dich? Werte - Zusammenhalt – Demokratie

Festakt zum 40jährigen Jubiläum der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

2019

Neujahrsempfang des Bundespräsidenten

Glück auf! Der BZI ist im Hörfunkrat von Deutschlandradio

„Dialogreise“ im Rahmen des Projekts „Strukturförderung von Migrantenorganisationen auf Bundesebene“

3. Verbandsakademie im Rahmen der Strukturförderung

"#Geschafft: Erfolgswege der Einwanderungsgesellschaft"

25 Jahre Haus der Geschichte

„Wer repräsentiert wen? Partizipation gestalten. Die Zukunft der Integrationsbeiräte in Berlin“

Diskussionsveranstaltung „Leben & Arbeiten – EU-Einwanderer in Deutschland", in Berlin

NAPI- Auftaktsitzung Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt als Scharnier von Teilhabe

NAPI- Auftaktsitzung Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt als Scharnier von Teilhabe

AKTUELLES

FACHTAGUNG 2018 IN BERLIN

„In Vielfalt leben: Vielfalt für die Demokratie mobilisieren“

„Vielfalt ist in der heutigen deutschen Gesellschaft selbstverständlich. Sie bereichert unser alltägliches Leben, sie macht unsere Wirtschaft und Gesellschaft weltoffen und dadurch stark, sie ist einer der Ankerpunkte unserer politischen Kultur. Das Leben in Vielfalt ist aber auch komplex und konfliktreich wie unsere globalisierte Welt auch komplex und konfliktreich ist. Ohne Konflikte und ohne Komplexität gibt es aber weder Innovation noch Fortschritt.

Es ist höchste Zeit, die seit der Wirtschaftskrise 2008 kriselnde europäische und deutsche Demokratie zu erneuern, indem wir die Kräfte, die in unserer Gesellschaft der Vielfalt stecken, mobilisieren. Die kommunalen Integrationsbeiräte, ihre Landesverbände und der BZI als ihr Bundesverband sind dafür prädestiniert, in diesem Prozess der „Demokratisierung der Demokratie“ eine Schlüsselrolle einzunehmen.“

AKTUELLES

Aktion „Unser Europa"

"Unser Europa ist wie eine Symphonie, der harmonische Zusammenklang vieler unterschiedlicher Stimmen. Mit dieser Aktion machen wir auf die Vielfalt der Gesichter, Lebensentwürfe, Träume aufmerksam, die unser Europa lebenswert gestalten."

Diesen Worten folgend, starteten wir unsere Aktion #UnserEuropaBZI, die wir auch nach der Europawahl am 26. Mai 2019 fortsetzen, um ein Zeichen dafür zu setzen, dass Europa ein Ort des solidarischen Miteinanders bleiben muss!

Alle Visionen der Beteiligten finden Sie auf unserer Webseite, Facebook und Instagram. Hier ein kleiner Vorgeschmack:

Webseite:
www.bzi-bundesintegrationsrat.de/unserEuropa
Instagram:
@unsereuropa.bzi
Facebook:
@Bundesintegrationsrat

AKTUELLES

Europawahl Studie

Die Themen Migration, Flucht und Asyl haben in den letzten Jahren die Europäische Union und den Zusammenhalt der Mitgliedsstaaten in eine tiefe Krise gesteckt. Die Vision des gemeinsamen „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ schien wie nie zuvor in weite Ferne gerückt. In den europäischen Gesellschaften wurden die Themen je nach politischen Konstellationen mal mehr, mal weniger heftig diskutiert. Vor allem rechtspopulistische Parteien haben die Kontroversen und Unsicherheiten angeheizt und versucht, für sich den größtmöglichen politischen Nutzen zu ziehen.

Ungeachtet der hitzigen Debatten haben Deutschland, die Niederlande, Schweden und andere europäische Gesellschaften eine große Bereitschaft zur Aufnahme von Schutzsuchenden gezeigt. In den Jahren 2015-2017 hat Deutschland allein über 1,5 Millionen Menschen aufgenommen, die aus Kriegs- und Krisengebieten kamen. Diese humanitäre Geste war allerdings auch von Auseinandersetzungen und vielerorts rassistischen und flüchtlingsfeindlichen Anschlägen begleitet. Allein in den Jahren 2016-2018 gab es über 7.200 Anschläge auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte.

Auf der europäischen Ebene fällt es vielen politischen Verantwortlichen immer noch schwer, Regelungskompetenzen zugunsten einer europäischen Migrations- und Asylpolitik zu akzeptieren. Während bei der Sicherung der Außengrenzen und „Bekämpfung von Fluchtursachen“ eine schnelle Einigung vorausgesagt werden kann, fällt der Zusammenhalt des europäischen Staatenbundes sofort auseinander, wenn es um Lastenteilung und Gewährung von Mindeststandards bei der Aufnahme von Geflüchteten geht. Weitere kontroverse Themen bleiben die Einwanderungspolitik und die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus in der Gesellschaft. Laut dem ARD-Europa Trend hält die Mehrheit der Deutschen (63 Prozent) die Politik in Europa für besonders wichtig. Ein Viertel der Befragten nennt die Zuwanderung für eins der wichtigsten Themen für ihre Wahlentscheidung. Überschattet wird die Europawahl von einem guten Abschneiden europakritischer und rechter Parteien. In dieser Analyse vom Mai 2019 beleuchtet Clara Hofmann die Wahlprogramme relevanter deutscher politischer Parteien zu den Themen Migration, Asyl und sozialer Zusammenhalt. Die Analyse zeigt deutlich die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen politischen Parteien in der Akzentuierung ihrer Positionierung zu diesem komplexen Politikfeld.

AUSBLICK

NEUES PROJEKT

„Vielfältig, Demokratisch, Kommunal! - Integrationsbeiräte als demokratische Akteure stärken“

"Ihr Förderantrag wurde aus 539 Anträgen ausgewählt" - diese freudige Nachricht erhielten wir Anfang Juli 2019 von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Nach der Strukturförderung ist dieses Projekt das erste Förderprojekt, das der BZI als eigenständige Organisation bewilligt bekommen hat. Unsere Inspiration ist die unermüdliche Arbeit unserer Mitglieder für eine stärkere Demokratie in den Beiräten. So trägt das Projekt den Titel: "Vielfältig, Demokratisch, Kommunal! - Integrationsbeiräte als demokratische Akteure stärken ".

Was wollen wir machen?

Uns ist bewusst, dass die Repräsentant*innen der kommunalen Integrationsbeiräte, zunehmend von demokratiefeindlichen Akteuren verbal angegriffen und in ihrem Handeln verunsichert werden. So intensiv sie sich auch damit auseinandersetzen wollen, fehlen den Beiräten oft die finanziellen und personellen Ressourcen, um Angebote in Anspruch zu nehmen, die sie befähigen, mit diesen Anfeindungen strategisch und praktisch umzugehen. Diese Unsicherheit darf aber nicht in eine Resignation übergehen, sich weniger oder gar nicht mehr politisch zu engagieren. Denn gerade ihre Stimme, die Stimme der Vielfalt, darf in der demokratischen Streitkultur und öffentlicher Meinungsbildung nicht verstummen.

Eine klare Haltung für Demokratie statt Ausgrenzung zu zeigen wird immer wichtiger, insbesondere in Kommunen! So wollen wir mit Hilfe von Workshops und Trainings die Vertreter*innen der Integrationsbeiräte in der Entwicklung und Umsetzung kohärenter Gegenstrategien im Umgang mit Rassismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus und allen Arten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken. Durch das Projekt wollen wir ihre Allianzen mit Demokratieverfechter*innen vor Ort stärken, sie dabei unterstützen, neuen Allianzen beizutreten oder diese zu etablieren. Weitere Details zur inhaltlichen Gestaltung des Projektes folgen.

Projektzeitraum: Ende 2019 - Ende 2020
Projektort: Deutschlandweit
Gefördert durch: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

AUSBLICK

„SCHON VIEL ERREICHT - NOCH VIEL ZU TUN“

Lajos Fischer

In Deutschland gehört das Thema Integration seit Ende des Zweiten Weltkrieges zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen.

„Über die Hälfte der Menschen in Deutschland waren nach dem Krieg nicht dort, wo sie hingehörten oder hinwollten, darunter neun Millionen Ausgebombte und Evakuierte, vierzehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, zehn Millionen entlassene Zwangsarbeiter und Häftlinge, Abermillionen nach und nach zurückkehrende Kriegsgefangene,“ beschreibt Harald Jähner die Situation des Jahres 1945 in seiner preisgekrönten Analyse (Wolfszeit, Berlin 2019, S. 10). Unser Land hat sich diesen Herausforderungen immer wieder erfolgreich gestellt und ist dabei oft über sich hinausgewachsen. Entstanden ist dabei eine durch Vielfalt geprägte Einwanderungsgesellschaft mit starker Wirtschaft und robuster Demokratie. Die Kommunen mit ihren engagierten Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen standen bei diesem oft durch leidenschaftliche Debatten geführten Prozess immer in erster Reihe, pragmatisch und lösungsorientiert.
Die kommunalen Ausländer-, Migranten- und Integrationsräte gehören seit Anfang der 1970-er Jahre zu den wichtigsten kommunalen Akteuren der Integration. Entstanden sind sie aus dem Bedürfnis, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in der Stadtgesellschaft eine politische Stimme zu geben und sie in das gesellschaftliche und kulturelle Leben der Kommune einzubinden. In den folgenden Jahren sind Dachorganisationen auf Landesebene entstanden, um eine Plattform für Erfahrungsaustausch zu bieten und um gemeinsame politische Ziele zu formulieren und durchzusetzen. Da viele migrationspolitische Entscheidungen auf der Bundesebene getroffen werden, war die Gründung des Bundesausländerbeirats vor gut zwei Jahrzehnten ein weiterer logischer Schritt.

Die Beiräte und ihre Dachorganisationen haben in dieser Zeit, genauso wie die Gesellschaft, große Veränderungen durchgemacht und stehen auch heute vor großen Herausforderungen. Im Folgenden werde ich einige der aktuellen aus der Sicht des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates kurz skizzieren:

Die Integrationsbeiräte haben von Anfang an eine doppelte demokratische

Legitimation: Einerseits sind sie ein Gremium der kommunalen Selbstverwaltung; ihre Satzungen, ihre Zusammensetzung, ihre Rechte und Pflichten werden von den lokalen Stadt- oder Gemeinderäten beschlossen. Andererseits waren die Beiräte in der Anfangsphase politische Vertreter*innen von Ausländer*innen, heute hat sich das auf alle Menschen mit Migrationshintergrund erweitert. Die Änderung vom Ausländer- zum Integrationsbeirat ist notwendig geworden, weil 1. die Vielfalt auf der Grundlage eines Passes nicht abgebildet werden kann, 2. die Beiräte auf das Fachwissen und die Brückenfunktion von Eingebürgerten und Doppelstaatlern nicht verzichten können/wollen, 3. die politischen Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund, die ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands ausmachen, ähnlich und gemeinsam effektiver vertretbar sind; 4. die Politik die Wichtigkeit der Beiräte erkannt hat und ein diverses Beratungsgremium braucht. Diese Änderung hat jedoch vielerorts zur Abschaffung der Urwahlen und zur Einführung von Benennungen, Delegationen, Bewerbungsverfahren usw., aber auch zu Veränderungen im Wahlverfahren (z.B. Briefwahlen, Einführung von Minderheitenschutz) geführt. Was bedeutet das für uns: Bröckelt die Legitimation durch Wähler*innen oder bekommt sie neue Formen? Ich meine: Wir müssen, überall wo möglich, für Urwahlen argumentieren; wir können jedoch weder die Augen vor der Realität verschließen, noch auf Mitglieder, die von ihren Kommunen neuartige Satzungen erhalten, verzichten; müssen aber den Prozess genau beobachten. Eine offene verbandsinterne Diskussion über neue Legitimationsmöglichkeiten ist dringend notwendig. Eine einheitliche gesetzliche Regelung, in der die Verfahren der Gründung, Wahlen, Rechte, Pflichten, Finanzierung der Beiräte standardisiert werden, könnte Abhilfe schaffen und wäre wünschenswert. Die Integration von Neuzuwanderern bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe der Kommunen und auf die in den Beiräten vorhandene geballte Expertise von Integrationserfahrungen kann und darf hierbei nicht verzichtet werden. Mindestens so wichtig ist es jedoch in unserer Einwanderungsgesellschaft, sich für die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in allen gesellschaftlichen Bereichen einzusetzen, aber auch für die Chancengleichheit und für die interkulturelle Öffnung der Institutionen. Wir haben noch immer ein Dreiklassenwahlrecht, das Menschen nach ihrer Herkunft in Deutsche, EU-Ausländer und Drittstaatler einteilt und dadurch spaltet. Dieses Demokratiedefizit muss möglichst schnell, mindestens im kommunalen Bereich, beseitigt werden, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt grundlegend zu stärken. Für diese zentrale Forderung des BZI gibt es seit langem eine klare Mehrheit in der Gesellschaft, wir müssen es schaffen, diese auch bei den politischen Entscheidungsträgern zu erreichen. Wir sind unserem Ziel so nahe wie noch nie, wir dürfen keine Sekunde lockerlassen! Den Beiräten, ihren

Landesorganisationen und dem BZI fällt bei dem Empowerment des politischen Nachwuchses und bei der interkulturellen Öffnung politischer Parteien auch eine Schlüsselrolle zu.

Wir leben in einer Zeit des Übergangs, in der viele frühere Selbstverständlichkeiten infrage gestellt werden und viele Ungewissheiten und Unsicherheiten entstehen, ohne dass neue Orientierungspunkte erkennbar wären. „Weil es keine neuen großen Ideen und Ideale gibt, suchen die Menschen im Abfall der Geschichte nach alten. Das ist der Grund für die Wiederkehr des Nationalismus," diagnostiziert Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung (16.03.2019). Politische Kräfte, die spalten, ausgrenzen und die Demokratie von innen aushöhlen wollen, sind im Bundestag, in den Landtagen und in kommunalen Gremien vertreten und in der ersten Öffentlichkeit präsent. Die „Anderen" werden kurzerhand wieder zu Feinbildern erklärt. Es wird versucht, Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auszuspielen. Die Erfolge jahrzehntelanger Integrations- und Friedensarbeit werden bezweifelt. Es ist zu befürchten, dass diese radikalen Kräfte in manchen Kommunen und Landtagen, vor allem in den Ostbundesländern zur stärksten politischen Kraft werden. Wir müssen diese Herausforderung annehmen und dieser Entwicklung entschieden entgegentreten, indem wir 1. uns dafür einsetzen, dass flächendeckend Antidiskriminierungsstellen entstehen, am besten in Zusammenarbeit mit unseren Beiräten; 2. aus den eigenen Reihen miteinander solidarisch zeigen; 3. uns aktiv für die Werte einer demokratischen und zukunftsorientierten Einwanderungsgesellschaft einsetzen und für deren Weiterentwicklung auf der Grundlage unseres Grundgesetzes Visionen und konkrete Vorschläge entwickeln. Es gibt Integrationsbeiräte, vor allem in den Ostbundesländern, die in den nächsten Jahren ihre ganze Kraft auf die Antirassismusarbeit werden konzentrieren müssen und sie verdienen unsere uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung.

Ein Viertel unserer Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund und dieses Viertel ist überaus heterogen und vielfältig. Auch wir sind nicht gefeit gegen Vorurteile, nationale und rassistische Ideologien, die oft auch durch den Einfluss der Medien aus unseren Herkunftsländern verstärkt werden. Die Integrationsbeiräte sind die einzigen politischen Gremien vor Ort, in denen Menschen aus den unterschiedlichsten Kulturen automatisch an einem Tisch sitzen - ethnienübergreifend, parteipolitisch neutral und unabhängig von ihrer religiösen Verbundenheit - und im Dialog miteinander über gemeinsame Positionen debattieren. Es ist wichtig, diese friedensstiftende und präventive Funktion der Integrationsbeiräte zu stärken und gleichzeitig eine klare Haltung für unsere demokratische Ordnung und politische Kultur in Deutschland und Europa zu entwickeln.
Die Einwanderungsgesellschaft in

Deutschland braucht eine neue „große Erzählung“, in der die großartige Leistung von Zuwanderern genauso hervorgehoben wird wie die großartige Integrationskraft der deutschen Gesellschaft. Dieses Narrativ gehört verstärkt in die Lehrpläne der Schulen und in die Projekte der Jugendarbeit. Die Integrationsbeiräte können die Geschichte authentisch an die Menschen bringen, indem sie ihre Mitglieder als Zeitzeugen in die Schulen und in die Jugendverbände schicken.
Die Integrationsbeiräte und ihre Dachorganisationen dürfen nicht auf die Themen Zuwanderung, Integration, Partizipation reduziert werden. Wir wollen in allen Lebensbereichen mitbestimmen und unsere Expertise einbringen. Der BZI braucht ein politisches Grundsatzprogramm, das alle Lebensbereiche einbezieht. Ob Städtebau, Umweltpolitik, Familienförderung, Bildungswesen, Entwicklungs- und Außenpolitik, Soziales, Wirtschaftsentwicklung, Förderung von ländlichem Raum oder ethische Fragen – wir gehören zu diesem Land und wollen unseren Beitrag leisten.

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat hat das Erwachsenenalter erreicht. Das bedeutet, für die eigene Zukunft noch mehr Verantwortung zu übernehmen. Das bedeutet, selbstbewusst, professionell und strategisch zu handeln. Das bedeutet, den uns gebührenden Platz in der Politik und in der Gesellschaft einzufordern und kompetent zu füllen. Das bedeutet aber auch, die jugendliche Kreativität und Begeisterung zu behalten und für die Zukunft unseres Landes, Deutschlands, einzusetzen. Happy Birthday!

Lajos Fischer ist seit 2015 im Vorstand des BZI. Er ist seit 2017 BZI-Vorsitzender.